Nach der friedlichen Revolution wurde die junge Republik jahrelang von Gewalt erschüttert. Sozialdemokraten gingen im Bund mit den Militärs brachial gegen die radikale Linke vor.

Blutiger Beginn

Von **MICHAEL SONTHEIMER**

ULLSTEIN BILD

Philipp Scheidemann ruft vom Reichstag die „deutsche Republik“ aus; bewaffnete Revolutionäre in Berlin (r. o.); von Regierungssoldaten getötete Arbeiter (März 1919)

Auch Revolutionäre bekommen irgendwann Hunger. Philipp Scheidemann sitzt am 9. November 1918 um zwei Uhr nachmittags in der Kantine des Reichstags in Berlin-Tiergarten. Der Abgeordnete der Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) löffelt zusammen mit seinen Genossen eine dünne Kartoffelsuppe. Tausende Demonstranten ziehen um das Parlamentsgebäude, die meisten von ihnen Arbeiter und Soldaten. Sie tragen rote Fahnen und skandieren „Nieder mit dem Kaiser, nieder mit dem Krieg“.

Scheidemann, gedrängt von hereinstürmenden Arbeitern und Genossen, tritt schließlich auf den Balkon und spricht zu den Massen. „Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt“, ruft er. „Der Kaiser hat abgedankt“, und: „Es lebe das Neue! Es lebe die deutsche Republik!“

Aber was ist das Neue? Was würde an die Stelle des alten Kaiserreichs treten? Scheidemanns Parteigenosse Friedrich Ebert, Vorsitzender der MSPD, denkt noch an eine parlamentarische Monarchie. Er macht Scheidemann bittere Vorwürfe, dass er voreilig die Republik ausgerufen hat. Dann löffeln sie weiter ihre Kartoffelsuppe in der Reichstagskantine.

Über Scheidemann, Ebert und ihre Genossen schrieb der rechte Kulturphilosoph Oswald Spengler Ende 1919: „Sie hatten plötzlich, was sie seit 40 Jahren erstrebten, die volle Gewalt und empfanden sie als Unglück.“

Ganz so einfach war es nicht. Einerseits reagierten nicht nur die modera-

BPK (2)

ten Sozialdemokraten ratlos auf das Ende der Monarchie, alle politischen Kräfte rangen um ihre Handlungsfähigkeit. Andererseits hatten die Sozialdemokraten politische Konkurrenten, die ihnen die Macht von Anfang an streitig machten.

Die aktivsten politischen Gegner der Mehrheitssozialdemokraten waren die Vertreter der radikalen Linken des „Spartakusbundes“, darunter die aus Polen stammende Sozialistin Rosa Luxemburg und der Kriegsgegner Karl Liebknecht, Sohn des SPD-Mitbegründers Wilhelm Liebknecht.

Zwei Stunden nach Scheidemanns Proklamation der Republik hielt Liebknecht seine Verkündigungs-Rede vor dem Berliner Stadtschloss. „Das Alte ist nicht mehr“, rief er seinen Anhängern zu. „Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloss jahrhundertelang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland.“

Kaiser Wilhelm II. hatte sich am 9. November widerstrebend bereit erklärt abzudanken, er hatte selbst bei den treuesten Truppen den Rückhalt verloren. Nur ein paar desperate Offiziere im Zentrum Berlins schossen, 15 Menschen kamen zu Tode. Die Revolution hatte ohne Kampf und größeres Blutvergießen gesiegt. Wie bei einer späteren deutschen Revolution, der von 1989 in der DDR, war sie weniger eine von Revolutionären geplante Umwälzung des politischen Systems als der Kollaps eines maroden Regimes.

Der starke Mann der MSPD war ihr Vorsitzender Friedrich Ebert, ein gelernter Sattler, Journalist und geschickter Parteiorganisator. Über die „soziale Revolution“ sagte er: „Ich aber will sie nicht, ich hasse sie wie die Sünde.“ Ebert und seine Genossen hätten am liebsten eine handverlesene Übergangsregierung gebildet, doch allerorten entstanden jetzt Arbeiter- und Soldatenräte. Im April 1917 hatten sich die Linken in der SPD, die sich gegen die Unterstützung der Arbeiterpartei für die Kriegspolitik des Kaiserreichs gewandt hatten, abgespalten; sie firmierten seitdem als Unabhängige SPD (USPD) und zwangen nun die MSPD, die Räte als Träger der souveränen Macht anzuerkennen.

Gemeinsam bildeten die Führungen der Schwesterparteien einen Rat der Volksbeauftragten, in dem beide jeweils drei Sitze hatten. Die Mehrheitssozialdemokraten wollten schnellstmöglich die Wahl einer Nationalversammlung, die dann eine Verfassung ausarbeiten und beschließen sollte.

Bereits am Abend des 10. November rief Generalleutnant Wilhelm Groener den Sozialdemokraten Ebert auf einer geheimen Telefonleitung in der Reichskanzlei an. Das Mitglied der Obersten Heeresleitung offerierte dem Sozialdemokraten seine Loyalität und Unterstützung, wenn dieser nur „den Bolschewismus“ bekämpfen würde, worunter die Militärs alle radikalen Linken verstanden.

Von heute aus betrachtet, lässt sich der Ablauf der Geschehnisse bereits als Vorgeschmack auf das Ende der ersten deutschen Demokratie nach nur 14 Jahren deuten: Die ersten bewaffneten Auseinandersetzungen nach dem Ende des Kaiserreichs brachen nicht zwischen Revolutionären und Vertretern des alten Regimes aus, sondern zwischen radikalen Linken und gemäßigten Sozialdemokraten.

Die radikale Volksmarinedivision, rund 1500 Mann stark, sollte die Regierung schützen. Sie unterstand dem sozialdemokratischen Stadtkommandanten Otto Wels. Als jedoch Weihnachten näher rückte und die Soldaten noch immer nicht den geforderten Sold bekommen hatten, marschierte ein Teil von ihnen am 23. Dezember 1918 zum Reichskanzlerpalais und setzte dort zwei der sechs Volksbeauftragten fest. Später nahmen die Soldaten den Stadtkommandanten Wels in Gewahrsam.

Rosa Luxemburg 1914 in Berlin, Sozialistenführer Karl Liebknecht

Die SPD-Volksbeauftragten Friedrich Ebert, Otto Landsberg und Philipp Scheidemann befahlen daraufhin dem preußischen Kriegsminister, der noch im Amt war, den festgesetzten Otto Wels mit Gewalt zu befreien. Am Morgen des Heiligabend griffen die Regierungstruppen mit Artillerie die Volksmarinedivision in Schloss und Marstall an, wurden aber zurückgeschlagen.

Die drei Vertreter der USPD traten nach den „Weihnachtskämpfen“ aus dem Rat der Volksbeauftragten aus und überließen der MSPD, Ebert und seinen Genossen, das Feld. Ein großer Teil der radikalen Linken, die bislang als Spartakusbund firmiert hatten, begründete Ende Dezember 1918 in Berlin die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Zusammen mit der USPD rief ihre Führung die radikalen Genossen und Arbeiter auf, sich in der Siegesallee zu versammeln: „Erscheint in Massen! Um Großes handelt es sich nunmehr! Nieder mit der Regierung Ebert/Scheidemann!“

Ein paar Hundert der rund 100 000, die aufmarschierten, hatten Waffen mitgebracht, auch Maschinengewehre und ein paar Panzerautos. „Die Stimmung der Leute“, hieß es in einem Bericht der preußischen Regierung, „war außerordentlich erregt.“ Der Anlass der Aufregung war die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, eines USPD-Mitglieds, durch den preußischen Innenminister.

Doch es ging um mehr: Die schlecht organisierten radikalen Arbeiter auf der Straße wollten die Revolution weitertreiben, die Großindustrie sozialisieren, wirkliche Veränderungen durchsetzen, die Stützen des alten Systems entmachten. Rosa Luxemburg dagegen hielt den Zeitpunkt für eine sozialistische Revolution noch nicht für gekommen.

Aktivisten besetzten spontan und mit Waffengewalt in der Nacht vom 5. auf den 6. Januar 1919 den Redaktionssitz des *Vorwärts,* des Parteiblatts der MSPD, und die Redaktionsgebäude von weiteren Zeitungen. Da Ebert und seine Re-

ULLSTEIN BILD (L.); FOTOARCHIV JUPP DARCHINGER IM ADSD DER FES (R.)

gierung nicht über zuverlässige Truppen verfügten, kamen sie auf das Hilfsangebot der Obersten Heeresleitung zurück.

Bei einer Krisensitzung der MSPD-Führung erklärte der gelernte Korbmacher und Journalist Gustav Noske: „Ich bin der Meinung, dass nun mit Waffengewalt Ordnung geschaffen werden muss." Friedrich Ebert entgegnete ihm: „Dann mach du doch die Sache." Darauf Noske, der als Volksbeauftragter für die Marine und das Heer fungierte: „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht."

Die Führer der MSPD sahen lediglich zwei Alternativen, wie es der Historiker Karl Dietrich Erdmann formulierte: „die soziale Revolution im Bunde mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps".

Dieses Modell mag der zeitgenössischen Wahrnehmung entsprochen haben, doch die Gefahr eines bolschewistischen Deutschland existierte nicht. Die Anhänger der radikalen Linken waren wenige, isoliert und schlecht organisiert. Zwar sah der bolschewistische Revolutionär Lenin in Deutschland den Schlüssel zur Weltrevolution. Doch das war eine Wunschvorstellung. Die deutschen Räte waren von moderaten Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern dominiert.

Konterrevolutionäre Gräuelpropaganda, 1919

Noske übernahm den Oberbefehl in Berlin, und am 10. Januar 1919 eroberte die Brigade Reinhard das Hauptquartier der Spartakisten in Berlin-Spandau. Das Freikorps Potsdam setzte am Tag darauf Artillerie und Flammenwerfer ein, um die Kommunisten aus dem Redaktionsgebäude des *Vorwärts* zu vertreiben. Fünf Parlamentäre, die eine friedliche Übergabe vereinbaren wollten, wurden festgesetzt und erschossen. Noske marschierte an der Spitze von 3000 Freikorps-Soldaten auf der Potsdamer Straße ins Zentrum Berlins, das er anschließend von Rebellen frei machen ließ. Mehr als 100 Rebellen kamen dabei zu Tode, aufseiten der Freikorps fielen 13 Mann.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatten sich in der Wilmersdorfer Wohnung eines Genossen versteckt, doch sie wurden verraten. Bewaffnete brachten sie zunächst in ein Hotel, dann eskortierten Freikorps-Soldaten sie getrennt in zwei Autos. Die Soldaten stießen Liebknecht aus dem Wagen und erschossen ihn „auf der Flucht", ein Leutnant tötete Rosa Luxemburg; ihre Leiche warfen sie in den Landwehrkanal. Erst vier Monate später wurde sie gefunden. Noske hatte die politischen Morde an der linken Konkurrenz zuvor abgesegnet.

Ansonsten herrschte in Berlin zunächst Ruhe. Bei den Wahlen zur „Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung" am 19. Januar 1919 kam – bei einer Wahlbeteiligung von 83 Prozent – die MSPD auf 37,9 Prozent der Stimmen, die USPD auf 7,6 Prozent. Die Mehrheit aber lag bei den bürgerlichen Parteien. Die Linken hatten dafür gesorgt, dass zum ersten Mal in Deutschland Frauen wählen durften; die aber gaben ihre Stimmen mehrheitlich konservativen Parteien.

Die Nationalversammlung trat erstmals am 6. Februar 1919 in Weimar zusammen, um dem in Berlin befürchteten „Druck der Straße" zu entkommen und den Siegermächten zu suggerieren, dass nun der Geist Goethes und nicht mehr der preußische Militarismus Deutschland beseelte. Die MSPD bildete zusammen mit der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und dem katholischen Zentrum die Regierung, Friedrich Ebert wurde von der Nationalversammlung zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt. Er beauftragte seinen Parteigenossen Philipp Scheidemann mit der Regierungsbildung.

Doch vielen Arbeitern war die nun erreichte parlamentarische Demokratie und auch die Einführung des 8-Stunden-Tages nicht genug, sie traten für die Sozialisierung ihrer Werke und Fabriken in den Streik. Die Sozialdemokraten antworten mit Gewalt. Unter dem Oberbefehl von Noske zogen die im Kriege verrohten Freikorps-Soldaten durch ganz Deutschland und hinterließen eine schreckliche Blutspur. Sie warfen Aufstände nieder, darunter in Bremen, Cuxhaven, Wilhelmshaven, Mülheim, Düsseldorf und Halle.

Als Arbeiter in Berlin den Aufruf der KPD zu einem Generalstreik befolgten, zog Noske 42 000 Soldaten in der Hauptstadt zusammen und gestattete ihnen, jeden gegen Regierungstruppen kämpfenden Aufständischen auf der Stelle zu erschießen. Die Konterrevolutionäre nutzten den Befehl des SPD-Manns, um weit über tausend Linksradikale zu ermorden. Die Verluste der Freikorps lagen bei rund 110 Mann.

Besonders brutal gingen die Freikorps bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik vor. Den pazifistischen Anarchisten Gustav Landauer trampelten Soldaten am 2. Mai 1919 im Gefängnis Stadelheim zu Tode. Als die Regierungstruppen die Macht wieder vollständig übernommen hatten, wurden 606 Tote gezählt, nur 38 gehörten zu Noskes Truppen.

Mit der Liquidierung der Münchner Räterepublik war die zweite Phase der Revolution an ihrem Ende angekommen oder, wie es der Publizist Sebastian Haffner formuliert hat, „der deutschen Revolution das Genick gebrochen". Im Frühsommer 1919 herrschte Ruhe im Lande. Die Mehrheitssozialdemokraten

PULFER / INTERFOTO

hatten sich durchgesetzt, aber der Preis war hoch. Die Gründer der Republik hatten sich mit den Generälen des Kaisers verbündet und die Stützen des alten Systems nicht angetastet, nicht einmal die reaktionäre Justiz. Die Arbeiterschaft war und blieb gespalten. Die Feindschaft der radikalen Linken gegen die Republik war unheilbar – bis zum Untergang der Demokratie. Und die Sozialdemokraten waren nun abhängig von den Generälen. Das sollte sich rächen.

Am 7. Mai 1919 bekam die deutsche Delegation in Versailles die „Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen“ ausgehändigt. Die meisten deutschen Politiker und Journalisten reagierten mit fassungsloser Wut.

Philipp Scheidemann sagte: „Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt.“ Der Sozialdemokrat trat zurück, ebenso die Minister der liberalen DDP. Doch mangels Alternative und angesichts einer drohenden Besetzung des Reichs durch die Siegermächte rang sich neben der MSPD auch die Mehrheit der Abgeordneten des Zentrums dazu durch, die Regierung für die Unterzeichnung zu ermächtigen.

Trotz aller Unruhen im Inneren und der Aufregung über den Versailler Vertrag arbeitete die Nationalversammlung unter Federführung des linksliberalen Staatsrechtlers Hugo Preuß eine Verfassung aus. Sie fiel föderalistisch aus und räumte dem Reichspräsidenten als Korrektiv zum Reichstag und der Regierung eine starke Stellung ein. Hinzu kam ein plebiszitäres Moment: Wenn ein Zehntel der Wahlberechtigten ein Volksbegehren unterstützte, sollte es einen Volksentscheid geben.

Beide sozialdemokratischen Parteien wollten das Dokument „Verfassung der Deutschen Republik“ nennen, aber die Mehrheit der bürgerlichen Parteien setzte „Verfassung des Deutschen Reichs“ durch.

Am 31. Juli 1919 stimmten bei einer Enthaltung 262 Abgeordnete von MSPD, DDP und Zentrum für die Annahme der Verfassung, 75 Abgeordnete von USPD und den beiden nationalistischen Parteien dagegen. Der SPD-Innenminister Eduard David pries – aufgrund plebiszitärer Elemente – die neue Republik als „demokratischste Demokratie der Welt“.

Das „Diktat von Versailles“ erschien besonders den Generälen und Offizieren der kaiserlichen Armee als unerträgliche Schmach. Für die allermeisten Freikorps

Antiparlamentarische Propaganda der Kommunisten, 1920

bedeutete der Vertrag die Auflösung. Die durch Krieg und Bürgerkrieg entwurzelten Männer hatten nicht ins zivile Leben zurückgefunden.

Der Kommandierende General des Reichswehr-Gruppenkommandos I, Walther Freiherr von Lüttwitz, war zum Staatsstreich bereit. Am 10. März 1920 trug er Noske, inzwischen Reichswehrminister, und Reichspräsident Ebert seine Forderungen vor, unter anderem die sofortige Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen zum Reichstag, seine Ernennung zum Oberkommandierenden der gesamten Reichswehr, die Einsetzung von „Fachministern“. Noske und Ebert lehnten dies ab, aber statt den offen mit einem Putsch drohenden General festzusetzen, legte Noske Lüttwitz nur den Abschied nahe – ein fataler Fehler.

Lüttwitz mobilisierte die Nationale Vereinigung in Berlin, in der sich die Vertreter des preußischen Adels und der Großgrundbesitzer östlich der Elbe zusammengeschlossen hatten. General a. D. Erich Ludendorff war dabei, Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, Hauptmann Waldemar Pabst, der für die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht verantwortlich war. Sie alle hassten die Demokratie und die Republik, wollten ein autoritäres Regime errichten und die Revision des Versailler Vertrags durchsetzen.

Video:
Der Kapp-Putsch

spiegel.de/appSPG52014putsch
oder in der App DER SPIEGEL

Warnungen vor einer konterrevolutionären Verschwörung hatte Noske ignoriert. Erst in der Nacht zum 13. März 1920, als die Brigade Ehrhardt, die schlagkräftigste militärische Einheit, schon auf Berlin marschierte, berief er eine Krisensitzung ein. Doch die Generäle erklärten, dass Gegenwehr aussichtslos sei. „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“, hieß es.

Die Regierung traf sich gegen vier Uhr morgens mit Reichspräsident Ebert. Noske plädierte dafür, aus Berlin zu fliehen und dann den Widerstand zu organisieren, Ebert war dafür, standzuhalten. Es kam zu einem Kompromiss: Ebert und ein Teil der Minister setzten sich um 6.15 Uhr in bereitgestellte Limousinen, zehn Minuten später marschierten die Putschisten der Brigade Ehrhardt singend durch das Brandenburger Tor und besetzten das Regierungsviertel.

In höchster Not besannen die Sozialdemokraten sich auf ein Kampfmittel, das sie erst kurz zuvor selbst mit Gewalt hatten bekämpfen lassen, den Generalstreik. Am Morgen nach dem Putsch kursierte in Berlin ein Aufruf von Friedrich Ebert, dem SPD-Vorsitzenden Otto Wels und den SPD-Ministern: „Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab! Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Lasst allen Zwist beiseite! Keine Hand darf sich mehr rühren! Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen. Generalstreik auf der ganzen Linie. Proletarier vereinigt euch! Nieder mit der Gegenrevolution!“

ULLSTEIN BILD / STARY

Die KPD erklärte zunächst, die Arbeiterklasse werde „keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs“. Nachdem sich aber die meisten Kommunisten und USPD-Mitglieder spontan dem Generalstreik angeschlossen hatten, ruderten die Funktionäre zurück. Es kam zur Aktionseinheit der gespaltenen Arbeiterbewegung.

Und der Generalstreik wirkte. In Berlin gab es kein Gas, kein Wasser, keine Elektrizität mehr. Die Post wurde nicht mehr befördert, die Eisenbahn stand still. Die Befehle der Putschisten kamen nicht über das Regierungsviertel hinaus.

Als Lüttwitz und Kapp erkannten, dass ihr Staatsstreich gescheitert war, verhandelten sie über einen ehrenvollen Rückzug. Kapp trat zurück. Das Abschiedsgesuch Lüttwitz’ nahm die rechtmäßige Regierung an, die inzwischen in Stuttgart arbeitete – und dem General seine vollen Pensionsansprüche zusicherte.

Im Ruhrgebiet hatten sich Reichswehrkommandeure den Putschisten angeschlossen, Streikposten ließen sie festnehmen. Arbeiter gingen deshalb zum Gegenangriff über, formierten sich in einer „Roten Armee“ und übernahmen die Macht im gesamten Ruhrgebiet.

Als die Sozialdemokraten sich wieder in Berlin etabliert hatten, schickten sie ebenjene Reichswehrtruppen ins Ruhrgebiet, die gerade straflos geputscht hatten. Der Oberjäger Max Ziller von der Brigade Epp schrieb mit Datum 2. April 1920: „Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschießen wir noch. Die Begeisterung ist großartig, fast unglaublich. Unser Bataillon hatte zwei Tote. Die Roten 200 bis 300.“ Enthusiastisch berichtete der Freikorps-Soldat von der Erschießung von zehn Rote-Kreuz-Schwestern und kam zu der Einsicht. „Gegen die Franzosen waren wir im Felde viel humaner.“

Mit der Unterdrückung des Kapp-Putsches hatten die Demokraten gegen rechte Putschisten gesiegt, doch der Putschversuch brachte Verschiebungen im Reichstag mit sich, die die demokratische Basis der jungen Republik ein für alle Mal unterminierte.

Bei der Wahl am 6. Juni 1920 erlitten die drei Regierungsparteien der „Weimarer Koalition“ dramatische Verluste. Die liberale DDP verlor 36 ihrer 75 Mandate, das Zentrum kam statt 91 nur noch auf 64 Mandate und die MSPD konnte nur 102 ihrer 163 Sitze verteidigen. Noske und seine Genossen hatten anderthalb Jahre zuvor elfeinhalb Millionen Stimmen bekommen, jetzt waren es nur noch sechs Millionen. Die USPD gewann stark hinzu.

Die Arbeiter waren nach links gerückt, aber die bürgerlichen Parteien hatten ihre Mehrheit vergrößert.

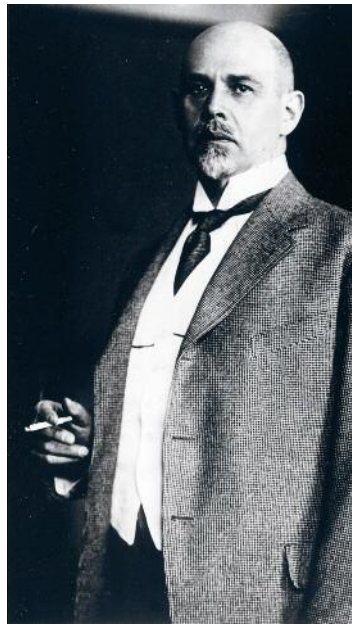
In den folgenden Jahren ließ sich die Republik von Gewalt nicht niederringen: Sie verkraftete die Mordanschläge von Rechten auf Matthias Erzberger vom Zentrum und den Liberalen Walther Rathenau, auch den Aufstand der Kommunisten in Mitteldeutschland und den Putschversuch von Erich Ludendorff und Adolf Hitler in München am 9. November 1923.

Den Makel aber, an dem die erste deutsche Demokratie seit ihrer blutigen Geburt litt, wurde sie nicht mehr los. Sie blieb eine Demokratie, der es an Demokraten fehlte. ■

„Der Feind steht rechts!“

Am Tag nach der Ermordung des liberalen Reichsaußenministers Walther Rathenau durch rechtsextreme Terroristen am 24. Juni 1922 in Berlin würdigte Reichskanzler Joseph Wirth im Reichstag den Getöteten in einer emotionalen Rede. Dabei wandte sich der liberale Politiker, Mitglied der katholischen Zentrumspartei, an die rechtsnationalistischen Abgeordneten, die er als Gegner der Demokratie brandmarkte.

„Ist es eine Schande, wenn wir mit jenem gemäßigten Teil des französischen Volkes, der die Probleme nicht nur unter dem Gesichtspunkt sieht: ‚Wir sind die Sieger, wir treten die Boches nieder, heraus mit dem Säbel, Einmarsch ins Ruhrgebiet‘, wenn wir durch persönliche Beziehungen mit allen Teilen der benachbarten Nationen zu einer Besprechung der großen Probleme zu kommen suchen? Dr. Rathenau war wie kaum einer zu dieser Aufgabe berufen. Seine Sprachkenntnisse, die formvollendete Art seiner Darstellung machten ihn in erster Linie geeignet, an dieser Anknüpfung von Fäden zwischen den Völkern erfolgreich zu arbeiten. Wenn dann ein Mann wie Rathenau über trennende Grenzpfähle hinaus bei aller Betonung des Deutschen, seines Wertes für die Geschichte, seiner kulturellen Taten, seines Forschungstriebes, seines Wahrheitssuchens, die großen Probleme der Kulturentwicklung Europas und der Wirtschaft organisatorisch durch seine Arbeiten in allen Ländern, dann als Staatsmann im Auswärtigen Amt mit den reichen Gaben seines Geistes … gefördert hat … dann hat er damit dem deutschen Volke einen großen Dienst erwiesen … Geduld … wieder Geduld und nochmals Geduld und die Nerven angespannt und zusammengehalten auch in den Stunden, wo es persönlich und parteipolitisch angenehmer wäre sich in die Büsche zu drücken. In jeder Stunde … Demokratie! Aber nicht Demokratie die auf den Tisch schlägt und sagt: Wir sind an der Macht! – nein, sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht! In diesem Sinne … Mitarbeit! In diesem Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu zerstören! Da steht (*Wirth dreht sich zu den Abgeordneten der Rechtsparteien* –Red.) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts!“



Walther Rathenau, 1921

AKG